



Den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Vielfalt gestalten

NEUN POSITIONEN DES VHW ZU INTEGRATION UND VIELFALT

Als zivilgesellschaftlicher Akteur ist der vhw seit vielen Jahren mit Fortbildungen und Forschungsprojekten in den Themenfeldern Integration und gesellschaftlicher Zusammenhalt aktiv. Die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und kontroversen Aushandlungen um integrative Leitbilder haben wir daher zum Anlass genommen, mit dem vorliegenden Papier unser Verständnis von Integrationsprozessen und unser Gesellschaftsbild zu präzisieren, welches unseren Tätigkeiten zugrunde liegt und von Diversität und Inklusion geprägt ist. Dieses gemeinsame Verständnis soll nicht nur orientierungsgibende Haltung und handlungsleitende Maxime für unsere Aktivitäten in Fortbildung und Forschung sein. Wir möchten damit zudem zu einer Diskussion anregen, was Integration in Anbetracht der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und Herausforderungen bedeutet und wie ein funktionierendes Zusammenleben auf nationaler und lokaler Ebene von Stadt, Quartier und Nachbarschaft in einer sozial und kulturell vielfältigen Gesellschaft gefördert und gestaltet werden kann.

Dafür haben wir in der werkSTADT Nr. 54 den Zusammenhang von Migrationsforschung, Integrations-theorien und politischer Praxis dargestellt. Dabei werden die politischen Strategien und Gesetzgebungen in Deutschland seit der Nachkriegszeit erörtert und eingeordnet, wie sich diese in der kommunalen Praxis niederschlagen. Darauf aufbauend fassen wir mit dem vorliegenden Papier nun die Positionierungen des vhw zu Integration und gesellschaftlicher Vielfalt als Synthese zusammen¹.

1. Gesellschaftliche Realitäten gestalten

In Deutschland leben 21,2 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. 26 Prozent der Bevölkerung und 40,4 Prozent aller Kinder unter 5 Jahren verfügen über eine eigene oder familiäre Migrationsgeschichte (bpb 2020). Gesellschaftliche Vielfalt ist damit eine Tatsache, die nicht nur anzuerkennen, sondern auch aktiv mitzugestalten ist. Für einen zivilgesellschaftlichen Akteur wie den vhw bedeutet

¹ Die neun Positionen wurden in einem längeren Prozess sowie einem abschließenden Workshop mit Mitarbeitenden des vhw-Fortbildungs- und Forschungsbereiches und dem Vorstand kollaborativ erarbeitet und stellen eine gemeinsame Standortbestimmung des Verbandes dar

dies, mit Fortbildung und Forschung dazu beizutragen, die Rahmenbedingungen des gesellschaftlichen Zusammenlebens zu verbessern, gleichwertige Teilhabechancen zu ermöglichen und für gegenseitige Akzeptanz sowie den Abbau von Diskriminierung und Rassismus einzutreten.

2. Ein inklusives Zugehörigkeitsverständnis vertreten

Deutschland ist ein Zuwanderungsland und durch Migration geprägt. Menschen mit Zuwanderungsgeschichte sind konstitutiver Bestandteil der Gesellschaft. Diese empirische Realität hat bisher zu wenig Eingang in das gesellschaftliche Narrativ gefunden. Dabei sind kollektive Erzählungen, die die vergangene und gegenwärtige Wirklichkeit von Gesellschaften konstruieren, überaus wichtig (Foroutan 2015: 1). Daher wollen wir gemeinsam ein gesamtgesellschaftliches Leitbild für Deutschland vertreten, welches die Heterogenität ihrer Mitglieder beinhaltet und als selbstverständlichen Bestandteil der Identität Deutschlands versteht. Strukturelle Integration und chancengleiche Teilhabe sind elementare Voraussetzungen für gelingende Integration; aber erst durch ein inklusives Gesellschaftsbild kann auch symbolische Integration durch Anerkennung und Zugehörigkeit erfolgen.

3. Den Integrationsbegriff von Migration lösen

In der gesellschaftlichen Diskussion hat der Integrationsbegriff in den vergangenen Jahrzehnten mehrfache Umdeutungen erfahren. Aufgrund der normativen und politischen Aufladung des Konzeptes wird in der Wissenschaftsgemeinschaft partiell dafür plädiert, sich vollständig vom Integrationsbegriff zu trennen². Auch wurden alternative Begrifflichkeiten wie Inklusion, Inkorporation oder Diversity

² Das Land Berlin verzichtet in der Novellierung seines Partizipations- und Integrationsgesetzes vom 14. Oktober 2020 zum Beispiel auf den Begriff der Integration, da der Terminus „zu sehr das vermeintliche Bestehen einer festen Gesellschaft, in die andere dazu kommen und sich anpassen sollen“ (SenInt 2020) betont. Daher wurde das Gesetz im Zuge der Novellierung in „Förderung der Partizipation in der Migrationsgesellschaft (PartMigG) umbenannt (ebd.)

vorgeschlagen, von denen sich jedoch keiner nachhaltig durchsetzen konnte. Im Zuge unserer Arbeit in Fortbildung und Forschung wollen wir daher an dem etablierten Begriff der Integration festhalten, ihn aber mit einer konstruktiven Bedeutung besetzen, die theoretisch-konzeptionell ebenso fundiert wie auch für die kommunale Handlungspraxis anschlussfähig ist.

Das impliziert nicht nur, Integration als einen wechselseitigen Prozess zu verstehen, der sich auf Zuwanderer und Gesellschaft im gleichen Maße auswirkt. Es bedeutet ebenfalls, dass sich Integrationsbemühungen auch und gerade auf die Teile der Gesellschaft richten müssen, die sich durch gesellschaftliche Transformationen und „Diversitätsstress“ überfordert fühlen.³ Die Herausforderung in einer vielfältigen und durch Zuwanderung geprägten Gesellschaft bestehen somit nicht nur darin, ihren Mitgliedern gleichberechtigte und diskriminierungsfreie Teilhabe an all ihren Funktionsbereichen zu gewährleisten, sondern auch auf Basis gemeinsamer Grundwerte alle Teile der Gesellschaft in das demokratische System zu integrieren.

4. Teilhabe ermöglichen und institutionellen Wandel gestalten

Ein gesamtgesellschaftliches und inklusives Verständnis von Integration zielt darauf ab, die gleichberechtigte Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger an den zentralen Gütern der Gesellschaft zu ermöglichen. Dafür ist ein Wandel der öffentlichen Institutionen und aller gesellschaftlichen Funktionsbereiche notwendig, der die Unternehmenskultur, den Personalbestand sowie die materielle Gestaltung und Ausstattung umfasst (Terkessidis 2010: 142). Dieser institutionelle Wandel ist in den Städten und Kommunen vielerorts schon fortgeschritten. Gegenüber

³ Diese Überforderung kann sich in ablehnenden Einstellungen zu Zuwanderung, in gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sowie in demokratiefeindlichen Einstellungen und der Unterstützung entsprechender Organisationen und Parteien zeigen. Dazu zählen nicht nur die objektiven „Modernisierungsverlierer“, die von den negativen Effekten der ökonomischen Globalisierung durch Arbeitslosigkeit und Armut direkt betroffen sind, sondern auch Menschen, die ihren sozialen Abstieg und einen Verlust ihrer traditionellen Werte befürchten. Von dieser Gruppe werden Zuwanderung und gesellschaftliche Vielfalt als kulturelle Bedrohung empfunden und als Gefahr für die Homogenität der Gesellschaft abgelehnt (Lengfeld/Dilger 2018: 191).

der konzeptionellen Ebene sind in der Umsetzung der Maßnahmen meist noch weitere Schritte notwendig, damit diese im operativen Geschäft ihre intendierte Wirkung entfalten. Als Brückenbauer zwischen Theorie und Praxis sieht es der vhw als seine Aufgabe, Städte und Kommunen auf diesem Weg des Wandels zu begleiten. Durch Fortbildung und Forschung unterstützt er bei der Formulierung und Umsetzung der Veränderungsprozesse, damit bewährte Strategien zum Wohle aller Gesellschaftsmitglieder Eingang in die gelebte Praxis finden. Auch ist sich der vhw seiner Verantwortung als gemeinnütziger Verband bewusst und richtet seine Unternehmensorganisation auch nach innen an den formulierten Prinzipien kontinuierlich weiter aus.

5. Für stigmatisierungsfreie Förderung einsetzen

Aufgrund bestehender Benachteiligungen und gesellschaftlicher Ungleichheiten sind allein auf Veränderungen von Strukturen und Institutionen ausgerichtete Strategien für gleichwertige Teilhabe gegenwärtig noch nicht ausreichend. Auch wenn an dieser Stelle die Hoffnung geteilt wird, dass in einer „Gesellschaft der Vielfalt und der Verschiedenartigkeit“ auf eine Minderheitenpolitik zugunsten eines umfassenderen Konzeptes in Zukunft verzichtet werden können (Roth 2011: 300), gilt es bislang weiter, das eine zu tun und das andere nicht zu lassen: Eine barrierefreie Öffnung der Institutionen und Ermöglichungsräume zu schaffen und gleichzeitig zielgruppenbezogene Maßnahmen so zu gestalten, dass die neuen Möglichkeiten auch von allen Teilen der Gesellschaft auf gleichwertige Weise wahrgenommen werden können. Zielgruppenbezogene Maßnahmen sind somit weiterhin notwendig, auch wenn diese im Widerspruch zu einem diversitätsorientierten und inklusiven Gesellschaftsbild stehen können. Obwohl das Gegenteil angestrebt wird, können Indikatoren und Zielgruppenbeschreibungen eine stigmatisierende und diskriminierende Wirkung entfalten⁴. Ebenso werden Sachverhalte und Problemlagen häufig auf kulturelle oder ethnische

⁴ Dies zeigt sich auch bei sozialraumbezogenen Förderprogrammen wie der Sozialen Stadt, die zwar explizit darauf ausgerichtet sind, das Quartiersimage zu verbessern, aber die Aufnahme in das Programm selbst eine stigmatisierende Wirkung entfalten kann.

Gründe zurückgeführt, die primär ökonomischen oder sozialen Ursprungs sind.⁵ Im Sinne diversitätsorientierter Förderstrategien gilt es daher, die Ursachen und zugrunde gelegten Wirkungszusammenhänge für Fördermaßnahmen und -projekte genau zu überprüfen, damit (1) die wirklichen Bedarfsgruppen die notwendige Förderung erhalten, (2) die vorhandenen und meist begrenzten Ressourcen adäquat eingesetzt werden und (3) zusätzliche Defizitzuschreibungen und damit einhergehende Diskriminierungen vermieden werden.

6. Streitkultur statt Leitkultur

Das Zusammenleben in einer vielfältigen, offenen Gesellschaft läuft nicht konfliktfrei ab. Pluralität und Vielfalt stehen nicht für ein harmonisches Nebeneinander von unterschiedlichen Sichtweisen, Lebensführungen und Weltanschauungen, sondern gehen mit Dissens und Auseinandersetzungen einher. Gerade gelungene Integration führt zu einer Zunahme von Konflikten, da verschiedene, heterogene Gruppen gleichberechtigt und auf Augenhöhe über die Regeln des Zusammenlebens mitverhandeln und entscheiden wollen (El-Mafaalani 2018: 79). Durch die Verbesserung der Teilhabechancen für alle Gesellschaftsmitglieder entstehen folglich neue Aus Handlungsbedarfe, die als ein Zeichen fortschreitender Annäherung verstanden werden können. Auch aus einer demokratietheoretischen Perspektive sind Konflikte nicht negativ zu bewerten, sondern „eine unvermeidbare und für den sozialen Wandel notwendige Begleiterscheinung des Zusammenlebens in allen Gesellschaften“ (Ropers 2002: 11). Konflikte stellen damit eine Qualität lebendiger Demokratie dar, die für gesellschaftliche Veränderungsprozesse konstruktiv genutzt werden können. Konflikte treten dabei an vielen Orten der Gesellschaft auf und werden gerade in den Kommunen sowie auf Quartiers- und Nachbarschaftsebene intensiv verhandelt. Zudem gilt es neben dem Konsens als Ideal der de-

⁵ Beispielsweise wird der zusätzliche Bedarf an Lehrenden sowie Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern häufig allein aufgrund der Herkunftssprache und Migrationshintergrund der Schülerschaft ermittelt. Die Ergebnisse von Sprachstandsmessungen demgegenüber, dass mangelnde Sprachkompetenz bei Schuleintritt kein migrationspezifisches Problem ist, sondern überwiegend ein schichtspezifisches Phänomen darstellt (Cinar 2010).

liberativen Demokratie besonders auf lokaler Ebene die Ausbildung von Konfliktkompetenzen sowie die Fähigkeit zur Kompromissbildung zu unterstützen. Im Sinne des Popperschen Toleranz-Paradoxons sind hierbei auch die Grenzen des demokratischen Streits zu markieren, und Positionen, die einer pluralistischen Politik und der demokratischen Grundordnung entgegenstehen, klar abzulehnen, um deren weitere Normalisierung zu verhindern.

7. Alarmismus durch pragmatischen Realismus überwinden

In den medialen Diskursen sind eine Dramatisierung und Skandalisierung gesellschaftlicher Herausforderungen im Kontext von Migration und Integration häufig festzustellen, die gerade in den digitalen Medien mit einer gezielten Verbreitung von Falschmeldungen einhergehen. Diese Darstellungen stehen meist im Widerspruch zu den Integrationsfortschritten auf lokaler Ebene und der breiten kommunalen Umsetzung von Integrationsmaßnahmen. Öffentliche und zivilgesellschaftliche Akteure wie der vhw sehen sich hier in der Verantwortung als Korrektiv zu fungieren, indem sie durch wissenschaftliche Befunde, Publikationen und öffentliche Stellungnahmen eine differenzierte und ausgewogene Perspektive auf die mit Migration verbundenen Chancen und Risiken einnehmen. Dabei sind auch die Herausforderungen und Probleme, die mit und durch Zuwanderung entstehen, klar zu benennen. Idealisierende Beschönigungen stehen lösungsorientierten Handlungsansätzen ebenso entgegen wie die einseitige Dramatisierung gesellschaftlicher Zustände.

Auf stadtpolitischer Ebene möchten wir daher zu einem pragmatischen Realismus als handlungsleitendes Prinzip anregen, der keine Defizitperspektive auf Migration und migrationsgeprägte Quartiere („Parallelgesellschaften“) einnimmt, sondern Herausforderungen lösungsorientiert begegnet und die kulturellen, ökonomischen und politischen Impulse migrationsgeprägter Stadtteile („Ankunftsquartiere“) anerkennt und in Gestaltungsprozesse einbezieht.

8. Forschungsethische Grundsätze: Selbstverortung, Reflexion und Transparenz

Integration stellt nicht erst seit der Zuwanderung Geflüchteter ein kontrovers diskutiertes und umstrittenes Thema dar, an dem gesellschaftspolitische Konflikte stellvertretend ausgetragen werden. Wissenschaftliche Befunde und Aktivitäten im Bereich von Migration und Integration stehen damit stets im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit und können tendenziell für politische Interessen instrumentalisiert werden.

Bei der Verwendung des Integrationsbegriffs in wissenschaftlichen Publikationen und im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit ist es daher geboten, die damit implizit oder explizit verbundenen Gesellschaftsbilder konstant zu reflektieren und hinsichtlich binärer oder kulturalisierender Zuschreibungen und Aussagen zu überprüfen. Zudem sind bei der Kommunikation wissenschaftlicher Ergebnisse ihre immerwährende Vorläufigkeit und Bedingtheit zu betonen und auf die Grenzen des eigenen Wissens sowie die Pluralität von Ansätzen und Erkenntnissen hinzuweisen. Rhetorisch attraktive und aufmerksamkeitsgenerierende Vereinfachungen und Zuspitzungen können manchmal hilfreich sein, aber sollten in einem ausgewogenen Maß erfolgen. Zudem sollte der Unterschied zwischen empirischen Befunden und politischer Meinung stets kenntlich gemacht werden (Mau 2016).

Darüber hinaus ist festzustellen, dass wir das Produkt unserer Sozialisation sowie biographischen und kulturellen Prägung sind. Damit können Menschen generell, aber auch Forschende und Referierende nicht „kulturell neutral“ sein (Hepp et al. 2010: 24). Für die Themenfelder Migration und Integration geht damit das Erfordernis einer transparenten Selbstverortung einher, bei dem die eigene soziale und kulturelle Identität und die damit einhergehende Positionierung zum Untersuchungs- oder Fortbildungsgegenstand berücksichtigt wird. Diese Praxis der „reflektierten Subjektivität“ kann voreilige oder stereotype Schlussfolgerungen vermeiden und hat sich international zu einem Standard qualitativer Forschung entwickelt (Steinke 1999).

9. Den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Vielfalt gestalten!

Mit seinen Aktivitäten in Fortbildung und Forschung will der vhw dazu beitragen, die Rahmenbedingungen des gesellschaftlichen Zusammenlebens so zu gestalten, dass für alle Menschen unabhängig ihrer sozialen oder kulturellen Herkunft, ihres Geschlechts, Einkommens, Alters, sexuellen Orientierung oder Religion gleichwertige Teilhabe- und Mitwirkungs-chancen bestehen. Dazu gehört, vorhandene Diskriminierungen zu identifizieren und abzubauen und den institutionellen Wandel unter Zusammenwirken aller gesellschaftlichen Akteure zu gestalten. Auch gilt es die Menschen wieder in demokratische Prozesse einzubinden, die sich von soziokulturellen Veränderungsprozessen überfordert fühlen und sich gegen eine offene Gesellschaft und die freiheitliche demokratische Grundordnung stellen.

Als Leistungsträgerinnen der Integration wollen wir Städte und Kommunen dabei unterstützen, ein funktionierendes Zusammenleben in Stadt, Quartier und Nachbarschaft in einer vielfältigen Gesellschaft zu gestalten und eine auf Inklusion und Diversity ausgelegte Verwaltung in die Tat umzusetzen. Zum Aufbau der dafür notwendigen Kompetenzen in der Kommunalverwaltung kann unser Fortbildungsbereich einen wichtigen Beitrag leisten. Dort werden bereits jetzt Veranstaltungen etwa zur Entwicklung, Umsetzung und Fortschreibung von Integrationskonzepten, zu möglichen oder gar verpflichtenden Maßnahmen zur interkulturellen Öffnung und Integration wie auch zum Umgang mit Stammtischparolen und Hate-Speech angeboten. Auch mit seinen Forschungsprojekten der Vergangenheit und Gegenwart leistet der vhw bereits relevante Beiträge: Im Bereich der lokalen Demokratie versuchen wir durch deliberative Verfahren eine inklusive und gleichberechtigte Mitwirkung aller Bürgerinnen und Bürger „auf Augenhöhe“ zu ermöglichen. Über die Betrachtung sozialer Milieus und Migrantenumilieus bieten wir eine analytische Grundlage, um unsere vielfältiger werdende Gesellschaft zu verstehen und Handlungswissen für Städte und Kommunen abzuleiten. Gleiches gilt für Forschungsprojekte, bei denen wir die integrativen Wirkungen von Maßnahmen untersuchen, die Arbeit von Willkommensinitiativen verbessern oder Wohnungsmarktakeure unterstützen, faire, das heißt

diskriminierungsarme Belegungs- und Vergabepraktiken zu entwickeln. Nicht zuletzt beziehen wir durch partizipative Aktionsforschung Geflüchtete selbst mit ein, um gemeinsam ihre Lebenswelten zu verstehen und zu gestalten. All das machen wir bereits. Und so wie Integration eine Daueraufgabe ist, die unter sich ändernden Rahmenbedingungen erfolgt, werden auch wir unsere Aktivitäten in Fortbildung und Forschung fortsetzen und den neuen Herausforderungen und Aufgaben kontinuierlich anpassen, gemeinsam mit dem Ziel: Den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Vielfalt zu gestalten.

Literatur

Bpb – Bundeszentrale für politische Bildung (2020): Zahlen und Fakten. Die soziale Situation in Deutschland. Bevölkerung mit Migrationshintergrund I. Online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61646/migrationshintergrund-i> (Letzter Zugriff: 28.05.2021).

Çinar, Safer (2010): Wer hat einen „Migrationshintergrund“? Über den verwirrenden Umgang mit diesem Begriff. In: Heimatkunde. Migrationspolitisches Portal der Heinrich Böll Stiftung. <https://heimatkunde.boell.de/2013/11/18/wer-hat-einen-„migrationshintergrund“-über-den-verwirrenden-umgang-mit-diesem-begriff> (Letzter Zugriff: 28.05.2021).

El-Mafaalani, Aladin (2018): Das Integrationsparadox. Warum gelungene Integration zu mehr Konflikten führt. Kiepenheuer & Witsch. Köln.

Lengfeld, Holger / Dilger, Clara (2018): Kulturelle und ökonomische Bedrohung. Eine Analyse der Ursachen der Parteiidentifikation mit der „Alternative für Deutschland“ mit dem Sozio-oekonomischen Panel 2016. In: Zeitschrift für Soziologie; 47(3): 181–199.

Ropers, Norbert (2002): Friedensentwicklung, Krisenprävention und Konfliktbearbeitung Technische Zusammenarbeit im Kontext von Krisen, Konflikten und Katastrophen, Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ), Eschborn.

Roth, Roland (2011): Was kann das Quartier für die Integration von Zuwanderern leisten? Anregung aus einer Befragung von Kommunen. In: vhw FWS 8: 295-300.

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales Berlin (2020): Eckpunktepapier zur Novelle des PartIntG. Stand 14. Oktober 2020.

Steinke, Ines (1999): Kriterien qualitativer Forschung. Ansätze zur Bewertung qualitativ-empirischer Sozialforschung. Weinheim: Juventa.

Terkessidis, Mark (2010): Interkultur. Berlin, Suhrkamp.

Impressum

vhw-werkSTADT
ISSN 2367-0819

Herausgeber

vhw Bundesverband für Wohnen und
Stadtenwicklung e. V.
Vorstand: Prof. Dr. Jürgen Aring
Bereichsleiter Forschung: PD Dr. Olaf Schnur

Redaktion

Laura Marie Garbe

Sitz der Redaktion

Bundesgeschäftsstelle des vhw e. V.
Fritschestraße 27/28
10585 Berlin
T +49 30 390 473-175
F +49 30 390 473-190
E werkstadt@vhw.de
www.vhw.de

Autorin

Dr. Anna Becker, Seniorwissenschaftlerin vhw e. V.

Erscheinungsweise

unregelmäßig

Bezug

Alle Ausgaben der vhw-WerkSTADT sind unter
<http://www.vhw.de/publikationen/vhw-werkstadt/>
kostenfrei herunterzuladen

Titelbildquelle

AdobeStock_Dmytri